Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2414/17

Titel

Antrag des Ortsteilbürgermeisters Hochheim zur Drucksache 2040/17 - 1.
Nachtragshaushaltssatzung 2018 und 1. Nachtragshaushaltsplan 2018 sowie Anpassung der
Finanzplanung 2019 - 2021

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

1.) Es soll hinsichtlich des 1. Nachtrages Haushaltsplan Vermögenshaushalt 2018 – Thüringer
Gemeinschaftsschule 5, Wartburgstraße in Hochheim – geprüft werden, inwieweit die zeitlich
verschobene Planung mit den aktuellen Beschlüssen des Stadtrates und dem Ministerium
übereinstimmen.

Stellungnahme:

Beim Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Bau wurde mit Schreiben vom 19.06.2017 eine
Vorhabensanmeldung im Rahmen der Schulbauförderung für den Förderzeitraum ab dem Jahr
2018 eingereicht. Die im Nachtragshaushalt dargestellten finanziellen Mittel entsprechenden
Zahlen der Vorhabensanmeldung. Dazu entsprechend wurden auch Einnahmen aus Fördermitteln
geplant.

Seitens des Ministeriums liegt noch keine Aufforderung zur Antragsabgabe vor.

Im August 2017 erfolgte eine Abstimmung zwischen dem Amt für Bildung und dem Amt für
Grundstücks- und Gebäudeverwaltung bzgl. der notwendigen Baumaßnahmen, unterteilt nach
Bauabschnitten, welche beginnend zum Schuljahr 2019/20 zu realisieren wären. Im Sinne der
Beschlüsse des StR und des Einvernehmens des TMBJS müssten zum Beginn des Schuljahres
2019/20 die ersten zusätzlichen Räume im Rahmen des 1. BA bereitgestellt werden.

Informatorisch wird in dem Zusammenhang angemerkt, dass die interne Numerik für die Gemeinschaftsschule Erfurt-
Hochheim die Nr. 6 vorsieht bzw. diese Nr. 6 auch im Namen geführt wird. Die Gemeinschaftsschule 5 ist die
Bezeichnung der 2016 neuerrichteten Gemeinschaftsschule in Urbich. Die Bezeichnung und Beschreibung der HH-
Stellen werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der HH-Planung korrigiert.

2.) Aus Sicht des Ortsteilrates korrespondiert der zeitliche Verlauf weder mit den Beschlüssen des
Stadtrates noch mit der Meldung vom Landesverwaltungsamt.

Stellungnahme:

Das Amt für Bildung hat für den 1. Bauabschnitt ein Raumkonzept definiert. Da die vorliegende
Studie des Planungsbüros Grimm nicht genehmigungsfähig ist (Bauvoranfrage) muss ein Planer
mit einer neuen genehmigungsfähigen Studie für den 1. Bauabschnitt beauftragt werden.

Diese Studie wird voraussichtlich in 1. Quartal 2018 in der DBOB vorgestellt. Danach sind erst
Aussagen zum zeitlichen Ablauf möglich.

Der StR-Beschluss zur DS 0211/17 sieht im Beschlusspunkt 03 Planungskosten i.H.v. 50 TEUR vor,
welche im HH-Plan 2018 auch eingeplant wurden. Die Planansätze (auch der Finanzplanjahre)
entsprechen in ihrer Höhe nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Realisierung der avisierten
Bauabschnitte.

Eine Meldung des ThürLVwA ist der Verwaltung nicht bekannt und erschließt sich in diesem Zusammenhang auch nicht.

3.) Die Schaffung der ausreichenden Räumlichkeiten wird als zu spät erachtet.

Stellungnahme:

Die frühestmögliche zur Verfügungstellung des zusätzlichen Raumbedarfs wird seitens der Verwaltung angestrebt.

Sofern zum Schuljahr 2019/20 die ersten zusätzlichen Unterrichtsräume übergeben werden, bestünde kein Zeitverzug. Gemäß dem Einvernehmen mit dem TMBJS ist diesem bis zum 30.06.2019 ein bzgl. der laufenden Baumaßnahmen untersetztes Raumkonzept für die beabsichtigte Beschulung ab dem Schuljahr 2019/20 vorzulegen.

Anlagen

gez. Dr. Müller
Unterschrift Amtsleiter Stadtkämmerei

07.11.2017
Datum